

Ein Wort zu den Ausführungen des Abgeordneten Gysi. Herr Gysi, Sie gefährden mit Ihren Ausführungen Arbeitsplätze.

(Unmutsäußerungen bei der PDS)

Sie verspritzen Gift, das die Menschen in unserem Lande lähmt.

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

Jeder, der Verantwortung für dieses Land mittragen möchte, muß helfen, die Menschen zu motivieren, sich mit den marktwirtschaftlichen Bedingungen zu beschäftigen. Und glauben Sie nicht, daß jedes Wort, was in diesem Hause gesprochen wird, Wirkung erzielt auf unsere Leute und auf die Kapitalanleger, die wir dringend für Investitionen brauchen? Und in diesem Bereich sind Sie total kontraproduktiv.

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

Statt über den Urknall zu meditieren, hätten Sie vielleicht lieber Artikel 14 und 15 des Staatsvertrages lesen sollen.

(Beifall bei CDU/DA und DSU)

Ich darf Ihnen vielleicht sagen, daß 5,2 Mrd. Mark für die Landwirtschaft noch in diesem Jahr aus Haushaltsmitteln bereitgestellt werden. Das sind pro Beschäftigten in der Landwirtschaft ca. 7 000 Mark. Wußten Sie das? Daß für Liquiditätshilfen dem Mittelstand ebenfalls Beträge in Milliardenhöhe bereitgestellt werden, wußten Sie das? Und - das ist ein Aspekt aus dem sozialen Bereich -, daß die dynamische Rentenanpassung unseren Rentnern endlich ein ihnen angemessenes Dasein auch im Alter garantiert und nicht durch den ständigen Geldwertverfall ihre Renten eine Abwertung erfahren?

(Unverständlicher Zuruf)

Das werden wir sehen, wie es läuft. Aber das dynamische Rentenanpassungssystem haben wir bisher nicht gehabt, da geben Sie mir doch recht!

Zum Schluß meines Beitrages möchte ich einen ganz persönlichen Dank der Fraktion CDU/DA und auch vieler Menschen unseres Landes an den Verhandlungsführer der DDR-Seite, Herrn Dr. Günther Krause, richten, der mit hoher Kompetenz einen Vertrag ausgehandelt hat, dessen geschichtliche Bedeutung für die weitere Entwicklung in Deutschland und Europa heute bereits feststeht.

(Lebhafter Beifall bei CDU/DA und DSU)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie jetzt eine Anfrage?

(Nitsch, CDU: Eine, ja.)

Dr. Schumann (PDS):

Herr Abgeordneter, haben Sie sich mit den Zuwendungen und Subventionen der Landwirtschaft der BRD durch EG und Haushalt der BRD im Verhältnis zu denen, die die Landwirtschaft der DDR bekommen soll, schon einmal beschäftigt?

Nitsch (CDU/DA):

Ich bin kein Landwirtschaftsexperte.

(Dr. Schumann, PDS: Dann enthalten Sie sich bitte hier. Die Zuführungen stimmen in keiner Weise überein.)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Bitte keine Statements, sondern Fragen!

Nitsch (CDU/DA):

Sind die Angaben, die ich gemacht habe, nicht richtig?

(Dr. Schumann, PDS: Ich darf keine Statements abgeben.)

[Heiterkeit]

Aber Sie haben eben begründet, daß Sie davon keine Ahnung haben.)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich bitte nun von der Fraktion der SPD den Abgeordneten Harald Ringstorff, das Wort zu nehmen.

Dr. Ringstorff für die Fraktion der SPD:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Schon auf der gemeinsamen Beratung des Ausschusses für Deutsche Einheit am 23.5. in Bonn hatte ich als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion darauf hingewiesen, daß das Tempo bei der Aushandlung des Staatsvertrages aufgrund der in der DDR eingetretenen Situation notwendig war. Also nicht nur die CDU, Herr Krause, sondern auch die SPD und andere Parteien dieses Hauses sind mit der Mehrheit des Volkes für die schnelle Einheit. Aber ein Staatsvertrag, der unter solchem Zeitdruck ausgehandelt werden mußte und der einen so großen Aufgabenbereich umfaßt, kann nicht alle Regelungen bis ins Detail enthalten, und deshalb hatten wir Erläuterungsbedarf in einigen Punkten gefordert, dem verbindlich Rechnung getragen werden sollte.

Diesen Erläuterungsbedarf befriedigt in wesentlichen Punkten die Stellungnahme des Ausschusses für Deutsche Einheit zum Staatsvertrag, die unter der Leitung der Präsidentin des Hauses, Frau Bergmann-Pohl, erarbeitet wurde. Das Parlament sollte diese Stellungnahme deshalb im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag zum Beschluß erheben.

Ich möchte hier noch einmal für die Bürgerinnen und Bürger, die diese Sitzung der Volkskammer verfolgen, auf einige wichtige Punkte dieser Stellungnahme hinweisen, die berechtigte Sorgen hinsichtlich bevorstehender Eigentumsregelungen geringer werden lassen könnte.

So ist vorgesehen - es wurde schon darauf hingewiesen -, daß für eine Übergangszeit der Erwerb von land- und forstwirtschaftlich genutztem Boden durch Gebietsfremde, die ihren Sitz vor dem 7.10.1989 nicht in der DDR hatten, ausgeschlossen wird. Eine Ausnahme dabei bilden lediglich Gewerbegebiete.

Die DSU möchte diese Übergangszeit, wie wir heute gehört haben, am liebsten wegfällen lassen, wir nicht!

(Beifall bei der SPD)

Eigentumsrechte von DDR-Bürgern aus der Bodenreform und andere, durch alliierte Rechtsprechung entstandene Eigentumsverhältnisse werden gesetzlich gesichert. Dort, wo DDR-Bürger in Treu und Glauben Rechte an Grund und Boden aus den anderen Enteignungen erworben haben, sind ihre Interessen zu wahren.

Wir Sozialdemokraten begrüßen bei der Verwendung der Treuhänderlöse zur Strukturanpassung deutlich die Prioritäten für diesen Zweck. Das wird dazu beitragen, die Zahl der Arbeitslosen zu begrenzen.

Zur Deckung der Staatsverschuldung sind Treuhänderlöse nur in angemessener Höhe heranzuziehen, was bedeutet, daß die DDR entsprechend der Höhe ihres Bruttosozialproduktes nach meinen Berechnungen ca. 70 Milliarden DM Staatsschulden in die Vereinigung einbringen darf. Zur Erinnerung: Die Verschuldung von Bund und Ländern in der BRD beträgt ca. 923 Milliarden.